



Uwe Schummer MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73484

📠 (030) 227 – 76992

✉ uwe.schummer@bundestag.de

Homepage: www.uwe-schummer.de

Pressemitteilung

Berlin, den 3. Februar 2009

Eine Ausweitung des Schulstarterpaketes bis zum Abitur fordert der bildungspolitische Experte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Uwe Schummer MdB.

In einem Familienpaket hat die Bundesregierung das Kindergeld verbessert, den Kinderfreibetrag erhöht und steuerliche Regelungen für haushaltsnahe Dienstleistungen auf den Weg gebracht. Ein neues Instrument zur Bildungsförderung ist ein Schulstarterpaket. Mit 100 Euro sollen bis zum zehnten Schuljahr Kinder und Jugendliche aus Familien mit geringem Einkommen mit den notwendigen Materialien für den Unterricht wie Schulbücher und Stifte versorgt werden.

Uwe Schummer MdB, der auch stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Arbeitnehmergruppe im Deutschen Bundestag ist: „Dieses Schulstarterpaket ist jedoch auf halber Strecke stehen geblieben. Es muss bis zum 13. Schuljahr ausgeweitet werden. Uns wird immer wieder bescheinigt, dass die soziale Herkunft und Bildungsferne im engen Zusammenhang stehen. Wer sich gegen alle Widerstände trotzdem durchgebissen hat und es bis zum Abitur schafft, der sollte in besonderer Weise gefördert werden. In der Regel haben diese Eltern auch nicht das Geld für einen Förderunterricht und so ist diese Leistung, die Aufstieg durch Bildung ermöglicht, auch im allgemeinen gesellschaftlichen Interesse. Die Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat daher einstimmig entschieden, dass diese Ausweitung des Schulstarterpaketes vorgenommen wird. Wir gehen davon aus, dass dies bis zum Beginn des nächsten Schuljahres Mitte 2009 umgesetzt werden wird. Im Gegensatz zur Linkspartei wollen wir Christdemokraten keine Hartz IV-Gesellschaft, in der möglichst viele Menschen im Sozialtransfer verbleiben. Unser Ziel ist der Aufsteiger, der aus eigener Kraft, aber auch mit Bildungsunterstützung den Weg in eine selbstbestimmte und selbstfinanzierte Zukunft schafft.“

Die Mehrkosten für die etwa 170.000 Betroffenen werden mit 17 Mio. Euro jährlich berechnet. Da Bildungslosigkeit und Arbeitslosigkeit Hand in Hand gehen, wären die Mehrkosten für eine mangelnde Unterstützung der Bildungsaufsteiger um ein Vielfaches höher.+++